



HESSISCHER LANDTAG

21. 08. 2018

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend starker Wirtschaftsstandort Hessen - bereit für die Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Hessen ist ein starker Wirtschaftsstandort. Er ist dank der guten konjunkturellen Lage und der richtigen Gestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, vor allem aber durch die tägliche Leistung der Unternehmer und Arbeitnehmer, bereit für die Herausforderungen der Zukunft. Das aktuelle Gutachten des Institutes der deutschen Wirtschaft e.V. (IW) im Auftrag der VhU hält eingangs deshalb richtigerweise fest: "Der Wirtschaftsstandort Hessen steht gut da und gehört zu den drei wirtschaftsstärksten Ländern Deutschlands."
2. Die Stärke Hessens zeigt sich auch in den Städten und Regionen. Im sog. Zukunftsindex 2017 der "Wirtschaftswoche" zeichnete sich Darmstadt zum dritten Mal in Folge als Stadt mit den besten Zukunftsaussichten aus. Im Niveauranking der Studie kommen Darmstadt und Frankfurt a.M. unter die Top 10 der Städte in Deutschland. Im Dynamikranking erreichte Frankfurt a.M. mit Platz 5 ebenfalls eine Spitzenposition. Auch die Ausgangslage für die Anforderungen der Industrie 4.0 ist hervorragend. Nach dem neuen internationalen Städteranking des Magazins "The Economist" ist Frankfurt a.M. mit Platz 12 sogar die lebenswerteste Stadt in Deutschland. Darmstadt konnte im vergangenen Jahr den bundesweiten Wettbewerb "Digitale Stadt" für sich entscheiden.
3. Internationalität, hohe Innovationskraft in Wirtschaft und Wissenschaft sowie hohe Lebensqualität sind im weltweiten Wettbewerb ebenfalls wichtige Standortfaktoren, welche für Hessen sprechen. So haben sich im vergangenen Jahr 173 Unternehmen aus aller Welt mit aktiver Unterstützung der Wirtschaftsförderung neu in Hessen angesiedelt oder bestehende Investitionen erweitert - nochmals zehn mehr als im bisherigen Spitzenjahr 2016. Spitzenreiter mit 44 Ansiedlungen waren die USA, gefolgt von der Volksrepublik China (23), Japan (19), Indien (13), Großbritannien (12), den Niederlanden (11) und Frankreich (9). Den größten Anteil hatte die IT- und Softwarebranche mit 38 Projekten. In die Gegenrichtung belaufen sich die Direktinvestitionen Hessens im Ausland je Erwerbstätigen auf rund 50.900 € (2015). Damit liegt Hessen an der Spitze der Bundesländer und deutlich über dem Bundesschnitt von 24.000 €. Insgesamt beliefen sich die Direktinvestitionen Hessens im Ausland (aktive Direktinvestitionen) zum Jahresende 2015 auf 169,7 Mrd. €.
4. Der Landtag hebt hervor, dass sich die positive Grundeinschätzung des IW auch in anderen wichtigen Kenngrößen niederschlägt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigen (Produktivität) liegt mit 81.300 € (2017) auf Platz 1 der Flächenländer und über 10 % über dem Bundesschnitt. In Deutschland wird Hessen nur vom Stadtstaat Hamburg übertroffen. Das gleiche Ergebnis im Vergleich ergibt sich bei der Kenngröße Brutto-lohn/-gehalt je Arbeitnehmer mit 37.832 € bzw. der Wertschöpfung (BIP je geleisteter Arbeitsstunde) mit 60,08 € (jeweils 2017). Seit fünf Jahren in Folge steht hessischen Bürgerinnen und Bürger im Übrigen real mehr Geld zur Verfügung, die Kaufkraft ist gestiegen. In den Jahren 2016 und 2017 war das Wirtschaftswachstum stärker bzw. gleichauf mit dem Bund.
5. Der Landtag betont, dass auch der Arbeitsmarkt in einer historisch herausragenden Verfassung ist: Bereits Ende 2017 gab es in Hessen mit einem Höchstwert von 2,567 Mio. Menschen rund 200.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr als im Jahresdurchschnitt 2014. Das entspricht der Einwohnerzahl von Kassel. Damit ist eine ganze Großstadt in den Arbeitsmarkt aufgenommen worden. Mittlerweile sind in Hessen 2,589 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei Zuwachs der Beschäftigung liegt Hessen im Vergleich der Bundesländer auf Platz 3. Die Zahl der Erwerbstätigen er-

reichte 2017 mit 3,43 Mio. Menschen eine historische Höchstmarke. Im Juli 2018 lag die Arbeitslosenquote hessenweit bei 4,6 %, dem niedrigsten Wert in einem Juli seit 1981. In neun Landkreisen liegt sie unter 4 %. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist zwischen 2008 und Juli 2018 von 88.800 (2008) auf 53.400 zurückgegangen. Vielfältige Instrumente der Landesregierung werden dazu eingesetzt, noch mehr dieser Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

6. Der Landtag begrüßt, dass dank der verantwortungsvollen Haushaltspolitik der Landesregierung das Ziel der Schuldenbremse weit vor der vorgegebenen Zeit eingehalten wurde und schon im Vollzug des Haushaltes 2016 zum ersten Mal seit fast 50 Jahren 200 Mio. € Schulden abgebaut werden konnten. Er begrüßt des Weiteren, dass auch laut der erst kürzlich vorgestellten Finanzplanung 2018 - 2022 dieser positive Trend anhalten und der Schuldenabbau vorangetrieben werden wird. Das Land Hessen unterstützt auch seine Kommunen auf vielfältige Art und Weise finanziell und sorgt für eine gute finanzielle Ausstattung: So sind für den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) Mittel von rund 5 Mrd. € im Jahr 2018 sowie 5,2 Mrd. € im Jahr 2019 vorgesehen. Dies ist beinahe eine Verdoppelung des Betrages von 2010. Mit dem "Kommunalen Schutzschirm" wie auch der "Hessenkasse" wurden erhebliche Mittel eingesetzt, um besonders stark verschuldete Kommunen beim Schuldenabbau zu unterstützen bzw. Kassenkredite zurückzuführen. 90 % der Schutzschirmkommunen haben mittlerweile ausgeglichene Haushalte. Die Kommunalinvestitionsprogramme KIP I und KIP II haben es den Städten und Gemeinden erleichtert, zukunftssträchtige Investitionen vorzuziehen.
7. Hessen ist eine der zentralen Verkehrsdrehscheiben Europas und damit von internationaler Bedeutung. Nur eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur sichert die Erreichbarkeit von Produktionsstätten und Geschäften in Hessen, verbindet Unternehmen, ermöglicht den Austausch von Waren und Gütern und führt die Menschen in Städten, Gemeinden und Regionen zusammen. Eine funktionierende Infrastruktur ist zugleich eine sichere Infrastruktur für all ihre Nutzerinnen und Nutzer. Die Mobilitätspolitik ist daher nach Auffassung des Landtages folgerichtig ein zentraler Schwerpunkt der Landesregierung. Seit 1998 sind die Investitionen in den Landesstraßenbau von seinerzeit 27 Mio. € auf 110 Mio. € in 2018 und 120 Mio. € in 2019 erhöht worden. Auch die für Planung- und Bauabwicklung zur Verfügung stehenden Mittel wurden konsequent von 33,5 Mio. € in den Jahren 2013 und 2014 auf 68 Mio. € im kommenden Jahr gesteigert. Dadurch wurde es u.a. möglich, die 2016 begonnene Sanierungsoffensive auszuweiten: Das Programm enthielt ursprünglich 540 Maßnahmen und hatte ein Gesamtvolumen von 385 Mio. €. Durch die Aufstockung stehen nun 420,5 Mio. € für insgesamt 581 Maßnahmen des Landesstraßenbaus bis zum Jahr 2022 bereit. Die Anhebung der Planungsmittel ist zudem Grundlage dafür, dass Hessen 40 % des Brückenertüchtigungsprogrammes des Bundes verbauen kann, was rund 750 Mio. € entspricht.
8. Der Landtag stellt fest, dass sich der Anteil Hessens am Gesamtvolumen des neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 dank des Einsatzes der Landesregierung auf 12 % (8,2 Mrd. €) des Gesamtvolumens erhöht hat. Rund 6,34 Mrd. € stehen für fest disponierte oder im "Vordringlichen Bedarf" befindliche Projekte zur Verfügung. Die Investitionen in das hessische Bundesfernstraßennetz beliefen sich 2014 auf 631 Mio. €, 2015 auf 715 Mio. €, 2016 auf 649 Mio. € und 2017 auf 695 Mio. €. Damit waren sie in jedem Jahr dieser Legislaturperiode höher als je zuvor. Zudem werden sie nach dem Grundsatz Sanierung vor Neubau investiert, was den Sanierungsstau auflöst und die Substanz unserer Infrastruktur stärkt. Mit 382 Mio. € sind 2016 alleine die Sanierungsaufwendungen in das hessische Bundesfernstraßennetz fast doppelt so hoch gewesen wie die Gesamtausgaben von 1999 (197,7 Mio. €).
9. Der Landtag begrüßt, dass 2015 erstmals wieder alle ausgeschiedenen Ingenieure bei Hessen Mobil 1:1 ersetzt werden konnten. Mit dem Haushalt 2016 wurden 25 neue Stellen für die Planung geschaffen, mit dem Haushalt 2017 weitere 10 und 2018 durch Umsetzung nochmals 10. Aufgrund der abrupt gewachsenen Nachfrage nach entsprechenden Fachkräften ist es in Deutschland mittlerweile für alle am Bau Beteiligten zu einer großen Herausforderung geworden, offene Stellen zu besetzen. Daher hat sich die Landesregierung frühzeitig wertvolle Planungskapazitäten bei der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) gesichert und ein Maßnahmenpaket im Gesamtvolumen (Baukosten) von rund 1,1 Mrd. € dorthin vergeben.
10. Der Landtag unterstreicht, dass viele Sanierungs- und Ausbauprojekte unter fließendem Verkehr abgewickelt werden müssen, was im ohnehin schon hochbelasteten hessischen Netz - insbesondere im Rhein-Main-Gebiet - zu erheblichen Herausforderungen führt. In keinem anderen Flächenland existieren mehr Baustellen pro Autobahnkilometer - auch das ist eine Folge der hohen hessischen Investitionstätigkeit. Hessens Autobahnen weisen

kurz vor dem ebenfalls größeren Niedersachsen. Das ist nach Auffassung des Landtages auch dem gut aufgestellten Baustellenmanagement von Hessen Mobil zu verdanken. Dazu gehören u.a. der Ausbau von Streckenbeeinflussungsanlagen, die Ausweitung der Seitenstreifenfreigabe, ein konsequentes Slot-Management bei der Vergabe von Tagesbaustellen oder die Einrichtung von Nachtbaustellen. Mit sichtbaren Erfolgen: Im Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres sind die Stauzeiten im II. Quartal des Jahres 2018 um gut 30 % gesunken.

11. Der Landtag ist der festen Überzeugung, dass die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für den ÖPNV in Hessen sowie der bedarfsgerechte Ausbau von Schienenwegen dazu beitragen, nicht nur den Engpässen auf Verkehrswegen durch den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main zu begegnen, sondern auch die hessische Verkehrsinfrastruktur insgesamt zu stärken. Das Schienennetz für den Nah- und Fernverkehr in Hessen wird im Rahmen von 12 Großprojekten mit einer Rekordsumme von rund 12 Mrd. € ausgebaut. Die Vorhaben aus den Maßnahmenpaketen "Frankfurt RheinMain^{plus}" sowie "S-Bahn^{plus}" werden ebenfalls engagiert umgesetzt. Die Verkehrsverbünde können auch dank erfolgreicher Verhandlungen der Landesregierung auf Bundesebene und zusätzlicher landeseigener Mittel weiterhin Innovationstreiber für ein noch attraktiveres ÖPNV-Angebot in den Ballungsgebieten und im ländlichen Raum sein. Über die gesamte Laufzeit der aktuellen Finanzierungsvereinbarung 2017 bis 2021 werden die Verbünde eine Rekordsumme von rund 4 Mrd. € erhalten, eine Steigerung um mehr als 20 % gegenüber der vorherigen Finanzierungsperiode. Beispielhaft für die erfolgreiche Verkehrspolitik sind die Verkaufszahlen des Schülertickets mit inzwischen rund 407.000 Nutzerinnen und Nutzern, aber auch die Übereignung von Bürgerbussen zur Ergänzung bestehender Mobilitätsangebote im ländlichen Raum. Die Landesregierung engagiert sich damit nach Auffassung des Landtages weiterhin erfolgreich für die Stärkung des ÖPNV und den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Hessen entlang des durch die neue "Hessenstrategie Mobilität 2035" vorgezeichneten Konzeptes.
12. Der Landtag begrüßt, dass sich die Landesregierung intensiv für die Schaffung von bezahlbarem und angemessenem Wohnraum in den Ballungszentren und Hochschulstädten Hessens einsetzt. Die Bereitstellung von Fördermitteln in der Rekordhöhe von rund 1,7 Mrd. € bis 2020 für den sozialen Wohnungsbau und die Eigentumsförderung, die Allianz für Wohnen und die Baulandoffensive, der Abbau von Investitionshindernissen, zum Beispiel in der Hessischen Bauordnung, und die rechtlichen Regeln zur Begrenzung von Mietpreissteigerungen sind Beispiele für die gesamtheitliche Strategie, mit der alle Aspekte der Bereitstellung von Wohnraum in den Blick genommen werden.
13. Der Landtag stellt fest, dass Hessen beim Breitbandausbau in Deutschland eine Spitzenposition einnimmt. Für rund 84 % der Haushalte in Hessen waren Ende letzten Jahres Breitbandanschlüsse von 50 MBit/s oder mehr im Download verfügbar. Hessen zählt damit zu den Top 3 der Flächenländer. Vier der zehn am besten mit Internet versorgten Landkreise Deutschlands liegen in Hessen. Mit der Gigabit-Strategie des Landes plant die Landesregierung bereits darüber hinaus: Bis 2020 sollen 60 % der Haushalte in Hessen mit bis zu 400 MBit/s versorgt werden. In einem weiteren Schritt sollen bis 2025 insbesondere Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Gemeinsam mit dem Bund und den Landkreisen wurden bereits über 600 Glasfaserprojekte in Angriff genommen. Von 2.000 Schulen steht schon heute rund der Hälfte ein Glasfaseranschluss zur Verfügung. Im Rahmen der Gigabit-Strategie ist eine flächendeckende 1 GBit/s-Versorgung inkl. einer Glasfaser-Inhouse-Verkabelung (FTTH-Netze) bis 2030 das Ziel. Die Versorgung im ländlichen Raum hat dabei zentrale Bedeutung: So ist z.B. der entstehende Nordhessen-Cluster eines der größten Breitbandausbauvorhaben in Europa und durch eine Landesbürgschaft abgesichert. Öffentliche WLAN-Netze bringen das Internet dorthin, wo es gebraucht wird. Dazu haben wir das Programm "Digitale Dorflinde" aufgelegt und mit 1 Mio. € jährlich in 2018 und 2019 ausgestattet.
14. Der Klimawandel macht eine Transformation unserer Wirtschaft notwendig. Der Landtag ist überzeugt, dass die Verbindung von Ökonomie und Ökologie möglich ist und sowohl ökonomisches Wachstum ermöglicht als auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Die technischen Grundlagen dafür sind die Digitalisierung und der Breitbandausbau. Sie bieten enormes Potenzial für eine ressourcenschonende Produktion, eine nachhaltige Energieversorgung und eine klimafreundliche Mobilität. Der Landesregierung ist es in weniger als fünf Jahren gelungen, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien über die 20-%-Marke zu heben. Ziel ist, das Wirtschaftswachstum dauerhaft vom Ressourcenverbrauch

zu entkoppeln. Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, den eingeschlagenen Weg weiter mutig zu beschreiten und gezielt Wirtschaftszweige wie Green-Tech, Clean-Tech und Green Finance zu fördern, das TechQuartier Frankfurt weiter zu stärken, den Masterplan Start-up-Region FrankfurtRheinMain zügig umzusetzen, das "Green and Sustainable Finance Cluster Germany" großzügig zu fördern und den vom Wirtschaftsministerium im Juni 2018 angekündigten KI-Hub einzurichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. August 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taurus)